

DER STAAT UND DIE MACHT

RUßLAND IM UMBRUCH: DIE KRISE DER LEGITIMITÄT

Inzwischen ist es für jeden unbefangenen Beobachter offensichtlich, daß sich die liberal-demokratische Periode der postsowjetischen Revolution allem Anschein nach ihrem Ende nähert. Rußland tritt in eine für jede postrevolutionäre Geschichte gesetzmäßige Phase ein, für die die Enttäuschung über die Reformen und die Reformer, die durch Fehler, Inkompetenz und Korruptierbarkeit des Staatsapparates multipliziert und verstärkt wird, charakteristisch ist. Gleichzeitig hängen derartige Prozesse auch mit dem Ideenvakuum zusammen, das infolge einer partiellen Zerstörung der marxistisch-leninistischen Ideologie entstand, sowie mit den verlorengegangenen Illusionen darüber, daß Demokratie und Marktwirtschaft jenes Allheilmittel sind, das alle Probleme Rußlands zu lösen imstande ist, und dem Verlust von obligatorischen Werten und somit auch jener assoziativen Denkmuster, die die Vorstellungen vom funktionalen Sinn einer Gesellschaft, von Machtverhältnissen, Moral usw. enthalten. Sehr treffend beschreibt Susanne Langer eine derartige Situation: "[...] die Sphäre der unbewußten symbolischen Orientierung stürzt aufgrund der gewaltigen Veränderungen in der Außenwelt und Sozialordnung plötzlich ein; wir verlieren unseren eigenen Schutzraum, unsere eigenen Ansichten und somit auch die wirklichen Ziele." (Langer, Susanne. *Philosophy in a New Key*. New York: Mentor Books. 1951. P. 245).

Zwar bewegte sich das Pendel auf der ersten Etappe der Reformen vom sozialistischen Denksegment zum liberalen hin. Heutzutage treten jedoch erneut traditionalistische, nationalpatriotische Ideen in den Vordergrund; das brennend scharfe Interesse an den Problemen der sozialen Gerechtigkeit ist unverkennbar, was für ein Land, das von Krise und Zerfall befallen ist und sich seine Erniedrigung so schwer zu Herzen nimmt, nur naturgemäß erscheint. Gleichzeitig erweitert sich die Sphäre des primitiven, geistlosen Pragmatismus, dem anscheinend jener noch nicht überwundene atomistische Individualismus zugrunde liegt, von dem Hannah Arendt schrieb.

Im großen und ganzen kann man das gesellschaftliche Bewußtsein der Bürger Rußlands als zerrissen und fragmentiert charakterisieren, für das eine Koexistenz von widersprüchlichen und häufig schwer miteinander zu vereinbarenden Vorstellungen kennzeichnend ist. Nicht nur die Integrität des Weltbildes ist verlorengegangen, sondern auch die des Ausgangspunktes. Daraus resultiert die Unberechenbarkeit und Irrationalität des politischen Verhaltens, eine Kluft zwischen Meinung und Handeln, der Wechsel zwischen erhöhter Emotionalität in der Umweltwahrnehmung und Phasen von Gleichgültigkeit und Politikverdrossenheit. Zugleich funktionieren nach wie vor viele alte Gewohnheiten und Stereotype der Wahrnehmung und des Verhaltens, die die Gesellschaft einerseits vor einem Abgleiten ins Chaos schützen, andererseits jedoch gleichzeitig jene Modelle wiedergeben, von denen man sich im demokratischen Rußland befreien möchte. Die letztere Behauptung bezieht sich gleichermaßen sowohl auf das Volk als auch auf die Machthaber. Es kam zu einer Trennung zwischen dem sich anbahnenden Wertepluralismus und der Institutionalisierung der Werte, die Herausbildung einer Zivilgesellschaft wurde dem Selbstlauf überlassen, die sozialökonomischen Interessen werden im Gegensatz zu Komsuminteressen nur äußerst langsam strukturiert.

Man muß feststellen, daß die politische Kultur der russischen Gesellschaft nach wie vor weit von der einer Zivilgesellschaft entfernt ist. Rußland hat jene wahre Aufklärung, deren Sinn im Endergebnis immer und überall in der Erziehung zur Bürgerverantwortung hinausläuft, nicht erlebt. Es trägt immer noch die Last des Erbes aus den Zeiten der mongolo-tatarischen Herrschaft und des Absolutismus mit sich. Es gelang nicht - und es war wohl auch kaum möglich - die tragische Unstetigkeit der russischen Geschichte des 20. Jahrhunderts zu überwinden, die sich darin äußerte, daß alte "Kulturobjekte" nach und nach vernichtet wurden. Die Reproduktion der Kulturobjekte ist unmöglich, denn die Mythologie, in der sie entstanden und sich entwickelten, stirbt. Dies hindert Rußland ähnlich wie viele andere Staaten an einer erfolgreichen Rückkehr ins Vorgestern, um von dort mit dem Aufbau des Morgen zu beginnen.

Demzufolge entsteht ein Bedürfnis nach einer sinnstiftenden Idee. Mit anderen Worten: Erneut stellt sich die Frage nach einem gesellschaftlichen Ideal. Und dies hängt offenbar mit drei organisch miteinander verbundenen Voraussetzungen zusammen:

Erstens, existieren im Prinzip zwei Hauptvektoren der Zivilisationsentwicklung. Der eine verläuft über die Entwicklung von der Tradition zu den Werten, dann zu den Sinninhalten und Grundeinstellungen, mit deren anschließender Umwandlung in die politische Aktivität, d. h. die Tat schließt die Tradition

quasi ab. Der andere Hauptvektor (und dies gleicht der Situation in Rußland viel eher) beinhaltet die Unterbrechung der Tradition und eine nur partiell vorhandene historische Kontinuität. Hier entsteht die Notwendigkeit eines Ideals, das imstande ist, sich seinerseits in Sinninhalte, Werte und Grundeinstellungen zu verwandeln, um dann schließlich in der politischen Aktivität seine Umsetzung zu finden. In diesem Fall kann man das Ideal dem Handeln nicht entgegensetzen.

Zweitens, fing ein bedeutender Teil der Intelligenz, einschließlich Wissenschaftler und Hochschullehrer, erneut an, gewisse Ansätze zum Doktrinarismus zu zeigen, zur Rückkehr in die Mythologie, in Illusionen über die konzeptuelle Integrität: Deutlich wird das Bedürfnis nach fertigen Formeln und formalisierten Axiomen, wenn auch heute versucht wird, diese in der Sprache der Demokratie zu artikulieren.

Drittens wird das Begreifen der neuen Realität unerlässlich, damit der Zerfallsprozeß aufgehalten werden kann und die Suche nach neuen gesellschaftswissenschaftlichen Paradigmen und Theorien erfolgreich verläuft. Es wird immer offensichtlicher, daß man danach in der eigenen, russischen intellektuellen Tradition suchen muß und sich dabei fremde Erfahrungen zunutze machen kann. Der Weg der einfachen Reproduktion ausländischer liberaldemokratischer Modelle funktioniert jedoch nicht, denn er stößt dabei auf den Widerstand der kulturellen Umgebung.

Auch die Sphäre der Machtverhältnisse in der Gesellschaft wurde in die Krise hineingezogen. Ohne die Bewältigung der Legitimitätskrise der Macht, einer Krise, die ihre tiefen Wurzeln im politischen Bewußtsein der Bürger hat, ist inzwischen keine Stabilisierung bzw. beständige Entwicklung möglich. Mit einer emotionalen Reaktion auf das Zeitgeschehen ist es hier noch nicht getan. Wichtig ist vielmehr, daß das Zerstörungspathos, das sich seinerzeit gegen alle Attribute der Sowjetstaatlichkeit richtete, nach wie vor ein starkes Beharrungsvermögen aufweist und somit die Grundlagen der Staatlichkeit als solcher unterminiert. Dazu trägt gewissermaßen der immer noch tobende Kompromittierungskrieg "aller gegen alle" bei, der während des Wahlkampfes besonders heftig wird. Der Negativismus gegenüber der Macht nimmt einen beständigen Charakter an und bezieht sich heute weniger auf das kommunistische Regime, als vermehrt auf das demokratische. So wird selbst die Idee der Demokratie diskreditiert, weil jede Politik als schmutziges Geschäft empfunden wird. Wenn es nicht gelingt, diese Tendenz in absehbarer Zeit zu stoppen, dann muß mit der Gefahr gerechnet werden, daß sich die Bevölkerung auf lange Sicht zu jeglicher Macht so verhält, wie zu einer Macht des Teufels und nicht wie zu einer Macht im Namen Gottes, und somit auch jedes weitere Regime zu einer Niederlage verdammt, was seinerseits eine Gefahr der Unterminierung der Grundlagen des russischen Staates in sich birgt.

Offensichtlich liegt die Ursache des Problems nicht nur in einer buchstäblichen Interpretation der Demokratie, sondern darin, daß vor allem die Machthaber den fundamentalen Unterschied zwischen der Macht und dem Staat nicht begreifen. Während der Staat in erster Linie eine institutionalisierte Macht darstellt und die höchste Organisationsform auf einem bestimmten Territorium ist, mit allen typischen Charakteristika wie der Souveränität, dem Vorhandensein klarer Staatsgrenzen, dem Monopol auf die legale Gewaltanwendung, dem Recht auf Herausgabe der Gesetze und Kontrolle über deren Durchführung sowie auf Steuererhebung usw., stellt die Macht eine besondere allgemeine Sphäre dar, die von der Gesellschaft und somit vom Spiel der Privatinteressen getrennt ist. Die Macht ist etwas Strukturiertes, das dazu in der Lage ist, das höchste Wohl zu repräsentieren und das allgemeine Interesse zum Ausdruck zu bringen, unter anderem in Form des Staates. Nicht zufällig erteilten Aristoteles, Machiavelli und deren zahlreiche Nachfolger den Regierenden den Rat, dem Volk ihren Patriotismus und ihre leidenschaftliche Hingabe beim Beschützen dessen Wohls ständig zu demonstrieren. Mit andern Worten, die Macht sollte ein zusammenschweißendes Symbol eines Landes sein, das seine Einheit, sein Potential, seinen Stolz und seine Selbstachtung zum Ausdruck bringt. Nur durch die Wiederherstellung und Festigung der Legitimität der Macht als solcher und durch einen konsequenten Aufbau der Staatlichkeit ist es heute möglich, zwei für die Demokratie gefährliche Tendenzen zu überwinden: einerseits, das Bestreben vieler nach Ordnung und einer "starken Hand", d. h. nach einer Staatlichkeit, die auf dem Prinzip von "Zuckerbrot und Peitsche" beruht, und - andererseits - die Entfremdung von jeglicher Macht überhaupt, eine instinktive Anarchie oder die Beschränktheit nur auf die Interessen der eigenen Familie.

Ein weiteres Problem in bezug auf die Legitimitätskrise der Macht in Rußland hat seine Wurzeln im Verhältnis von Macht und Eigentum. Bekannterweise herrscht im kapitalistischen System (im Gegensatz zur Sklavenhaltergesellschaft und Feudalordnung) eine Nichtübereinstimmung von Macht und Eigentum sowie von deren Verwaltungs- und Organisationsformen. Die Tatsache, daß die Leitung der politischen Administration einerseits und die der Wirtschaft andererseits in der westlichen Geschichte

zu zwei verschiedenen Sphären gehören, bedarf keiner besonderen Beweise. Allerdings ist dies eine empirische Feststellung, die zwar die Wirklichkeit fixiert, sie jedoch nicht erklärt. Im Kapitalismus erfüllt der Staat prinzipiell andere Funktionen als in den vorkapitalistischen Gesellschaftsordnungen: Als besonderes Merkmal tritt hier die Aufteilung eines einheitlichen Komplexes in politische und ökonomische Verhältnisse hervor. Gerade dies verleiht dem kapitalistischen Staat Beständigkeit und Autonomie. In den marktwirtschaftlichen Verhältnissen hat die Privatsphäre zwangsläufig einen eingeschränkten Charakter: Es entsteht ein Problem der Regulierung außerökonomischer und außerbetrieblicher Beziehungen, d. h. der Bedarf an spezifischen Organen zur Sozialkontrolle, die aus dem Bereich der Produktionsverhältnisse ausgeschlossen werden sollen.

Kehren wir jedoch zurück auf den russischen Boden: Den sozialistischen Staat kennzeichnete die Unzertrennbarkeit der Macht- und Eigentumssphären. Im Sozialismus kontrollierte der Staat alle Lebensbereiche, insbesondere aber die Produktion und die Verteilung. Im Zuge der lawinenartigen Privatisierung der letzten Jahre vollzog sich eine äußere Trennung dieser Bereiche, und die diesbezügliche Tendenz bleibt offensichtlich recht stark. Der "alte" Staat ist unterminiert worden, denn er verlor seine Hauptfunktion: die Kontrolle über die Verteilung. Der "neue" Staat des kapitalistischen Typs ist jedoch noch nicht aufgebaut worden. Mehr noch: Es sieht nicht so aus, als ob man überhaupt daran arbeitet. Der Aufbau eines Staates kann doch nicht nur auf die Errichtung immer neuer bürokratischer Strukturen hinauslaufen. Es handelt sich gar nicht darum, daß diejenigen, die der Macht nahestehen, die Möglichkeit erhielten, rasch zu Eigentümern zu werden. Das Problem liegt tiefer: Der Macht und dem Eigentum ist es im Grunde genommen nicht gelungen, sich voneinander zu trennen.

Insofern darf man sich nicht darüber wundern, daß parallel zur Privatisierung des Eigentums eine Privatisierung der Macht stattfindet. Und doch wird die krebsgeschwürartig wuchernde bürokratische Struktur nicht zum Eigentümer im eigentlichen Sinne. Sie interessiert sich vielmehr dafür, wie sie einen bürokratischen Gewinn aufgrund der eigenen Partizipation am Eigentum herausholen könnte. Daraus ergibt sich das bislang beispiellose Ausmaß der Korruption. Gleichzeitig pflegen viele Präsidenten der Aktiengesellschaften und Mitinhaber von Industriebetrieben einen Stil, der den sowjetischen Fabrikdirektoren noch eigen war: Sie sind nach wie vor auf die "Eroberung" von Subventionen und anderen staatlichen Vergünstigungen eingestellt, sind genauso wie früher Bittsteller in Ämtern und Ministerien. Mit anderen Worten: Anstatt einer Entwicklung von horizontalen marktwirtschaftlichen Beziehungen und der Herausbildung einer Zivilgesellschaft als eines Garants und Symbols für eine demokratische Entwicklung beobachten wir einen Prozeß der Herausbildung eines dichten Netzes von Patron-Klient-Beziehungen, die sich vor allen Dingen in folgendem äußern:

- Herausbildung von Quasi-Eigentümern, für die die Beziehungen zur staatlichen Machtpyramide insgesamt wichtiger sind als die marktwirtschaftlichen Verhältnisse;
- Bildung von bürokratischen Strukturen, in denen auf Grund der korrumpierten Interessen eine Art "Wechselbürgschaft" vorherrscht, in der eine Hand die andere wäscht. Das Hauptinteresse gilt dabei nicht der Sache sondern der Person des "Patrons";
- Verdrängung des Mittelstandes, seine Marginalisierung und Verarmung bei gleichzeitiger Herausbildung der Clane der "Hofintelligenz", die das jeweilige Regime bedient.

Es wird also eine starke Tendenz zur Herausbildung eines "sanften" Staates (Gunnar Myrdal) deutlich, der für die Reformstaaten, einschließlich der Länder der "Dritten Welt", ziemlich typisch ist. In einem solchen Staat erzielt ein Beamter seinen persönlichen Profit aus den Entscheidungen, die er im Zuge seiner Dienstpflichten trifft. Es überwiegt der "diskrete" Typus der Verwaltung, d. h. die Entscheidung wird jedesmal im Hinblick auf einen Sonderfall getroffen und betrifft einen einzelnen Teil der Gesellschaft, das System verliert infolgedessen seine Integrität und seine einheitliche Ordnung. Das Ergebnis ist eine wachsende Kriminalisierung der Gesellschaft, mannigfaltige separatistische Tendenzen, Ausbreitung einzelner Wirtschaftsbereiche auf Kosten der restlichen, Stagnation in der Entwicklung der Produktionssphäre und Technologien und politische Instabilität.

Die in Rußland, insbesondere 1991 - 1993, durchgeführten Reformen waren an sich gar nicht so schlecht oder undurchdacht, in der langfristigen Perspektive jedoch hatten sie einen bedeutenden Nachteil: Sie waren ein Palliativum. Offensichtlich haben ihre Organisatoren die Notwendigkeit eines sorgfältigen und bewußten Konstruierens neuer Formen unterschätzt und glaubten, es genüge, neue Gesetze zu verabschieden, neue Möglichkeiten zu erschließen, - und alles kommt von selbst wieder in Ordnung. Ein derartiger Weg setzt jedoch jahrhundertealte mehr oder weniger günstige Bedingungen für die Entstehung einer Gesellschaft voraus. In einer Situation der Reformen, die den marktwirt-

schaftlichen Mechanismus und die politische Demokratie - dabei nicht in ihrer rudimentären, sondern in einer der heutigen Entwicklung adäquaten Form - möglichst schnell in die Tat umsetzen sollen, dürfte man diese Prozesse auf keinen Fall dem Selbstlauf, ohne jegliche Kontroll- und Regelungsmöglichkeit "von oben" überlassen.

Zu einer der wichtigsten Aufgaben wird deshalb heute der Aufbau eines neuen Staates, der auf gut durchdachten und sorgfältig abgewogenen Prinzipien beruht. Es sei noch einmal hervorgehoben, daß unter dem staatlichen Aufbau nicht die Vermehrung der Armee der Beamten auf allen mit der Funktion der Kontrolle und Regulierung zusammenhängenden Ebenen zu verstehen ist (was die Rückkehr zum sozialistischen Verwaltungstyp bedeutet), sondern die Instandsetzung eines der Zahl nach relativ kleinen Apparates mit der Funktion, die Arbeit vor allem der "natürlichen Monopole" (d. h. der nichtprivatisierten Lebensbereiche) zu organisieren, die Marktwirtschaft zu bedienen und das Rechtssystem mit allen vorhandenen Mitteln kräftig zu unterstützen.

In unserem Bestreben danach, aus Rußland ein reiches und prosperierendes Land zu machen, müssen wir uns im klaren sein, daß dies ohne die Korrektur der negativen Tendenzen, insbesondere ohne die Trennung von Macht und Eigentum bei gleichzeitiger Deprivatisierung der Macht selbst, ohne die Rückkehr einer Reihe der Lebensbereiche in die öffentliche Sphäre gar nicht möglich ist. Erst danach wird der erfolgreiche Staatsaufbau möglich, der ein klares Definieren der Kompetenz und der Hierarchie der Staatsorgane voraussetzt, um ähnliche Situationen wie heute zu vermeiden, wo beinahe jedes Amt bzw. jedes Gebiet seine eigene, sich von den national-staatlichen Gesamtinteressen häufig unterscheidende Politik betreibt.

Bei der Berücksichtigung sowohl des hohen Wertes des Staates für Sicherheit und Ordnung, als auch der tiefverwurzelten paternalistischen Instinkte in der politischen Kultur Rußlands ist eine ernsthafte Rekonstruktion der Struktur der Staatsgewalt in Rußland vonnöten, selbst im Rahmen der vorhandenen demokratischen Grundinstitute. Der staatliche Aufbauprozess widerspricht nicht nur keineswegs der Idee der Demokratie, sondern im Gegenteil: er ist voll und ganz in ihrem Sinne. Es handelt sich eher um die Suche nach dem Sinn der Demokratie und den tiefliegenden Gesetzmäßigkeiten ihrer Entwicklung, um eine sorgfältige Untersuchung der eigenen und der fremden Erfahrungen, jedoch nicht im Kontext von Dogmen und Deklarationen, sondern durch den Versuch, trotz der Vielfältigkeit der historischen Formen der Demokratie ihren tiefen Sinn herauszufinden.

Die soziokulturelle Dimension der Demokratie entgleitet recht häufig dem Augenmerk der Forscher in den "alten", standfesten Demokratien mit herausgebildeter bürgerlicher Kultur. In den Gesellschaften des "Übergangstyps" jedoch, die den Weg der demokratischen Reformen erst vor kurzem einschlugen, erhält sie eine besondere, mitunter schicksalhafte Bedeutung. Unterdessen hob noch Alexis de Tocqueville die Bedeutung dieses Problems in seiner klassischen Arbeit "Demokratie in Amerika" hervor und betonte, daß die Kultur, die Gesellschaft und die Werte eine Demokratie erst möglich machen (Alexis de Tocqueville: *Demokratija v Amerike*, Moskva: Progress, 1992)

Die Konzeption der Demokratie schließt also nicht nur die politische sondern auch die soziokulturelle Dimension der Erfahrungen mit ein. Sie setzt nicht nur demokratische Prozeduren in der Verwaltung voraus sondern auch eine Stärkung solcher sozialen Realien wie das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf freie Berufswahl, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Gesetz- und Rechtsordnung, Offenheit der Gesellschaft etc. Gerade der soziokulturelle Kontext macht diese Prozeduren möglich und die "Eintracht der Regierten" real. Zwei Seiten der Demokratie - die engere politische und die breitere soziokulturelle - bedingen und verstärken einander. Es ist jedoch verständlich, daß eine derartige Kombination nicht überall existiert.

Politische Systeme, die über demokratische Züge verfügen, ihrem Wesen nach jedoch keine Demokratien sind, sind keinesfalls eine Erfindung unserer Zeit. Obgleich die Demokratie jahrhundertlang eher eine Enklave sowohl innerhalb der Gesellschaft wie auch im internationalen System darstellte, festigten sich ihre Positionen mit der Zeit doch zunehmend. Während es 1750 in der ganzen westlichen Welt noch keine demokratischen Rechtsinstitute auf nationaler Ebene gab, kann man am Ende des 20. Jahrhunderts schon die Mehrheit der Länder - wenn auch mit einem gewissem Vorbehalt - zu der Kategorie der demokratischen zählen. Dabei hatten die Demokratisierungsprozesse nie einen konsequenten Charakter. Kennzeichnend für sie waren Sprünge, Massen-"Durchbrüche" oder, wie Samuel P. Huntington schreibt, "Wellen". Jede dieser "Wellen" stellt eine "Gruppe von Übergängen von nicht-demokratischen Regimen zu demokratischen dar, die sich im Laufe einer bestimmten Zeitperiode vollziehen und in deutlich größerer Anzahl auftreten als die Übergänge in die entgegengesetzte Richtung..." (Samuel P. Huntington: *The Third Wave, Democratization in the Contemporary*

World, New York 1992, P.15) Jede der nachfolgenden Wellen ist stärker als die vorangehende, und obwohl jedem Wellenberg ein -tal folgt, kann das letztere die Welt nicht mehr zum alten Zustand zurückbringen - so geht eine sukzessive Erweiterung des Raumes der Demokratie vonstatten.

Für Rußland ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig, daß der Demokratisierungsprozeß nicht als selbstverständlich wahrgenommen werden kann. Natürlich kann man den größten Teil aller Staaten zu den demokratischen zählen, wenn man sich dabei nach solchen Kriterien richtet wie das Vorhandensein eines Parlaments, regelmäßiger Wahlen oder Regierungserklärungen. Indes stellt sich hier eine sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht komplizierte Aufgabe, zu entscheiden, in welchen Fällen es lediglich um eine Imitation fremder Formen geht, von denen man nur für relativ kurze Zeit Gebrauch machen könnte, und in welchen Fällen um den Beginn des eigenen demokratischen Schöpfungsprozesses, der fähig ist, das Land zur vollständigen Realisierung des demokratischen Potentials zu führen?

Wenn wir über neue Demokratien sprechen, müssen wir uns deshalb den zwei fundamental wichtigen Fragen stellen: Erstens, inwieweit diese Regime mittelfristig und langfristig gesehen regierbar sind; und zweitens, wie sind die Perspektiven ihrer Verankerung in der konkreten spezifischen Gesellschaft? Das Problem der Beständigkeit der Demokratie erhält somit für die neuen demokratischen Regime die erstrangige Bedeutung.

Es ist unmöglich, eine starke Demokratie aufzubauen, wenn sich ihre Anhänger nur "oben" oder, umgekehrt, nur "unten" konzentrieren. Die Demokratie wird letztendlich von den Bürgern geschaffen, d. h. von der "Mitte", die zwar weiß, was die volle Freiheit bedeutet, sich deren Grenzen jedoch bewußt ist. Nichtsdestotrotz muß man immer bedenken, daß die Demokratisierungsprozesse an sich nie im Namen der Demokratie selbst beginnen. In der Regel sind sie gegen uneffektive, korrumpierte und despotische Regime gerichtet, das bedeutet, sie haben eher zerstörerische als schöpferische Aufgaben. Allerdings ist dann ein möglicher Rückgang der Entwicklung stets nicht auszuschließen. Dies verlangt wiederum von den demokratischen Regierungen die tiefste staatliche Weisheit, Verzicht auf Dogmatismus, auch auf den liberalen Dogmatismus, d.h. dies verlangt Eigenschaften, die bei den Demokratien der "ersten Stunde" äußerst selten zu treffen sind.

Unter Anthropologen ist die These darüber, daß jedes Volk auf die Dauer nur an seinen eigenen Werten festhalten kann, ein Gemeinplatz. Dies bedeutet aber nicht, daß die Werte von außen überhaupt keinen Einfluß darauf nehmen und im Endeffekt anerkannt werden können. Allerdings vollzieht sich dieser Prozeß nicht augenblicklich, nicht "auf Befehl" und beschränkt sich keinesfalls nur auf das blinde Kopieren fremder Modelle und Prinzipien.

In der Tat erweist sich die Demokratie außerhalb ihrer europäischen und amerikanischen Insel jedes Mal als nicht gerade unbedingt gesetzmäßig. Mit anderen Worten: Auch die Demokratie, die selbst den besten Vorbildern gefolgt ist, muß irgendwann, nachdem sie auf der Suche nach dem eigenen nationalen und einzigartigen Gesicht den Weg zwischen der Scylla der Enttäuschung und der Charibdis einer schlechten und unklugen Politik zurückgelegt hat, ihre Lebensfähigkeit beweisen.

Dies ist eng mit einer Frage verbunden, die bis jetzt keine adäquate Lösung innerhalb der liberalen Tradition fand, und zwar nach dem Verhältnis zwischen den Menschenrechten und den Selbstbestimmungsrechten der Nationen. Das Wesen des Liberalismus als Ideologie und dementsprechend der Demokratie als politisches Regime besteht im Akzent auf einem Prozeß im Gegensatz zu, sagen wir, dem Konservatismus, der die Stabilisierung und das Festhalten eines Zustandes anstrebt. Folgt man dem Gedanken der Liberalen, so kann eine gut organisierte Gesellschaft nur dann erschaffen werden, wenn der Prozeß ihrer Erschaffung rational und sukzessiv verläuft. Dies setzt einen gewissen Ausgangspunkt voraus, beispielsweise die demokratischen Prozeduren, dem sich dann ein langwieriger Prozeß der Vervollkommnung anschließt. Die Frage nach dem Endziel eines derartigen Prozesses wird in der Regel überhaupt nicht gestellt.

Gemäß den liberalen Vorstellungen stellen die Menschenrechte quasi ein Bauelement des Naturrechts dar. Auf den ersten Blick erscheint es logisch anzunehmen, daß jedes Individuum demzufolge diese Rechte besitzt. Es ist jedoch offensichtlich, daß sich eine ganze Reihe von Bürgergruppen in einer Situation befindet, in der sie ihre Menschenrechte selbstständig nicht realisieren kann: Kinder bis zu einem bestimmten Alter, Greise, Neurotiker, Drogenabhängige, Analphabeten etc. Es muß offenbar irgendwo eine Demarkationslinie verlaufen. Es ist jedoch praktisch unmöglich, diese Abgrenzung aus dem Naturrecht herauszulösen: Es ist vor allem ein politisches Problem. Hier treten, schreibt der amerikanische Politologe Immanuel Wallerstein, ein anderes Recht - das Völkerrecht - und ein ande-

rer Begriff, der in der Französischen Revolution geboren wurde - der Bürger - in Erscheinung. (Immanuel Wallerstein: Nepredodimlje protivorecija liberalizma: prava celoveka i prava narodov v geokulturre sovremennoj mir-sistemy. "Rubezi". Moskva 1995 Nr. 2, S. 124 - 130) Es handelt sich demgemäß um eine Staatsbürgerschaft, die auf einem bestimmten Territorium die höchste Jurisdiktion hat.

Das politische Projekt des Liberalismus richtete sich - zumindest in der Form, in der es im 19. Jahrhundert angedacht wurde - auf die "Bändigung" der für die Demokratie und die Marktwirtschaft potentiell am meisten bedrohlichen Klassen und Gesellschaftsgruppen. Das Ziel sollte über eine aus drei Gliedern bestehende Reform erreicht werden, die folgendes umfaßte:

- allgemeines Wahlrecht;
- allgemeinen Wohlstand;
- nationale Identität.

Im Grunde genommen hoben die drei genannten Reformen das Problem der Realisierung der Menschenrechte durch jeden Bürger in vollem Umfang quasi auf und ermöglichten den Prioritätenwechsel in konkreten Situationen, indem sie irgendein höheres Ziel, das dem Allgemeinwohl entsprach, in den Vordergrund rückten. Früher oder später wäre die Geringfügigkeit der Zugeständnisse allerdings offensichtlich geworden, eine Reihe von fundamental relevanten Faktoren erlaubte jedoch, das Problem noch mehr zu vertuschen. Zu derartigen Faktoren kann man z. B. folgende zählen:

Erstens: Die Ausbeutung der Peripherie ermöglichte eine wesentliche Erhöhung des Lebensstandards beim größten Teil der Bevölkerung in den Staaten des entwickelten Kapitalismus.

Zweitens: Der vorhandene nationale Reichtum machte den Anstieg des Bildungs- und Kulturniveaus der Bevölkerung möglich, was seinerseits die Entwicklung der Technologien und des Wirtschaftspotentials förderte.

Drittens: Das lokale Nationalbewußtsein der einzelnen westlichen Staaten wurde durch einen höheren Nationalismus einer "atlantischen" Zivilisation ergänzt, ein Gefühl des tiefen Stolzes auf die Zugehörigkeit zu dem bestentwickelten Teil der modernen Welt.

Man darf u. a. das sehr hohe Niveau der propagandistischen Ummantelung der genannten Ideen nicht unterschätzen. Dabei wurde das Selbstbestimmungsrecht im eigentlichen Sinne im Grunde genommen nur einer sehr begrenzten Gruppe - den imperialistischen Staaten - zugestanden. Alle restlichen Völker gerieten in die Kategorie der "neuen Barbaren", obgleich die Benutzung einer derartigen Terminologie in der letzten Jahrhunderthälfte quasi zum schlechten Ton gehörte. Hier ist es auch wichtig zu betonen, daß die Menschenrechte und die Rechte der Nation in einem tiefen Widerspruch zueinander stehen.

Darüber hinaus ist der genannte Widerspruch häufig in einer verdeckten, latenten Form vorhanden gewesen; er trat in den Hintergrund, je nachdem welche Forderungen der historische Moment stellte. In den 60er Jahren z. B., als der nationale Befreiungs- und Unabhängigkeitskampf der Kolonien in den Vordergrund rückte, verlagerte sich der Schwerpunkt des liberalen Projekts zwangsläufig auf die Selbstbestimmungsrechte der Nation. Später sind die demokratischen Rechte der Minderheiten, sowohl der ethnischen als auch der sexuellen, bedeutsam geworden. Seit dem Ende der 80er Jahre genießen die Menschenrechte Priorität: Es ist fast zu einer Norm geworden, daß die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder, in denen die Menschenrechte verletzt werden, toleriert wird. Heute, in der Mitte der 90er Jahre, lassen die Erfahrungen, die mit dem Zerfall der Sowjetunion und den anschließenden nationalen Konflikten zusammenhängen, aber auch die Erfahrungen, die im Krieg in Jugoslawien sowie bei der Teilung der Tschechoslowakei gemacht wurden, das Selbstbestimmungsrecht erneut in den Vordergrund treten. Dies wird zwangsläufig vom Wachstum der national-patriotischen Bewegungen begleitet, die des öfteren einen antidemokratischen Charakter aufweisen.

In diesem Zusammenhang muß man auch ein krasses Beispiel der offenen Menschenrechtsverletzung erwähnen, über das man in den westlichen Industrieländern schamhaft schweigt und das mit dem Recht auf Freizügigkeit als einem der Grundrechte des Menschen eng zusammenhängt: Zahlreiche Quoten und Beschränkungen der Einreise in das Territorium der westlichen Staaten, die vorwiegend die Vertreter der sog. Dritten Welt treffen, spezifische Visa-Bestimmungen, die von einer Reihe

der Staaten in bezug auf die Osteuropäer eingeführt werden, bieten ein deutliches Beispiel eines doppelten Standards. Es ist nicht schwer zu verstehen, daß die Argumente der westlichen Staaten in dieser Hinsicht nur für sie selbst überzeugend klingen. Die neubekehrten Demokraten sind für diese Argumentation kaum empfänglich. Darüber hinaus erinnert sie die Form der Realisierung der Einschränkungen stark an totalitäre Modelle, was bei den einfachen Menschen unvermeidlich zu Zweifeln am hohen Wert der Demokratie führt.

Mit anderen Worten: In der Praxis werden die Menschenrechte selektiv und keinesfalls vollständig umgesetzt, was den inneren Widerspruch des Liberalismus deutlich macht. Das hohe Bildungsniveau in den Ländern Osteuropas erlaubt es deren Bürgern nicht, die Behauptungen westlicher Politologen über die Prinzipien und Mechanismen der demokratischen Regierungsform auf Treu und Glauben anzunehmen. Da aber die Grundpostulate der demokratischen Theorie zum Diskussionsgegenstand werden, tauchen alle ihre Widersprüche und Spannungen blitzschnell an der Oberfläche auf. Vermutlich ist die Enttäuschung über die Demokratie im wesentlichen eine gesetzmäßige Folge der Erfahrung, daß die vom Westen deklarierten Prinzipien und die Realität des politischen Prozesses nicht oder nur zum Teil deckungsgleich sind. Eine derartige Diskrepanz macht die weltweite Verbreitung der Demokratie und ihre Verfestigung in konkreten Gesellschaften ziemlich problematisch.

Zusätzlich verschärft sich die Lage in Rußland auch dadurch, daß zwischen dem Aufbauprozeß des Nationalstaates und dem Universalismus der demokratischen Idee eine Kluft entstand. Die Demokraten der "ersten Welle", die allgemein menschliche Werte vertraten, haben die Bedeutung des nationalstaatlichen Aufbaus unterschätzt und überließen die nationalpatriotischen Probleme im Grunde genommen der Opposition. Unterdessen taucht in der Situation, die nach dem Zerfall der Sowjetunion und nach der Herauslösung Rußlands als neuem multinationalen Gebilde - in dem übrigens ethnische Russen 82 % der Bevölkerung betragen - durch ein frustriertes gesellschaftspolitisches Bewußtsein gebrandmarkt wird, ein sehr wichtiges theoretisches und praktisches Problem auf: Was für eine Staatsform muß man denn letztlich anstreben? Eine gewisse Wiederholung der "Mini-UdSSR" oder einen unitaren "Nationalstaat" nach europäischem Muster? Eine ernsthafte Diskussion zu diesem Thema fand noch nicht statt. Indessen stimmen die Begriffe Demokrat und Patriot im Bewußtsein vieler russischen Bürger nicht nur nicht überein, sondern werden in vielen Fällen als Gegensätze empfunden. Dies ist eine einmalige Situation, die praktisch in keinem weiteren osteuropäischen Staat anzutreffen ist.

Trotzdem: Wenn man die Demokratie als eine Gesamtheit von bestimmten Rechtsprinzipien betrachtet, kann man behaupten, daß ihre Perspektiven doch sehr hoch zu bewerten sind. Indes läuft die Demokratie - wie oben gezeigt wurde - keinesfalls nur auf Rechtsnormen und -prozeduren hinaus. Offenbar muß man zugeben, daß der Erfolg nur dann erzielt werden kann, wenn der ganze restliche "Überbau" eine lokal-patriotische Färbung annimmt. Im Endeffekt hat die Demokratie gute Chancen auf eine Universalisierung, es ist jedoch heute schon klar, daß dies keine Demokratie eines anglo-amerikanischen Typs sein wird.

* *

Die Entwicklung ist multi-variabel und nicht-linear. Es ist daher kein Zufall, daß sich die Suche nach alternativen Modernisierungsmodellen gerade heute einer immer zunehmenden Beliebtheit erfreut. Offensichtlich ist es an der Zeit, vor dem Dogmatismus im sozialen Denken, u. a. vor dem liberalen Dogmatismus, zu warnen.

"Westliche Soziologen begriffen allzu langsam, daß sie den eigenen Maßstab universal anlegten", betonen die französischen Demokratieforscher Mattei Dogan und Dominique Pelassy (M. Dogan, D. Pelassy: Sravnitel'naja politiceskaja sociologija. Moskva: Social'no-politiceskij zurnal. 1994. S. 7) Indes sind sich längst nicht alle dieses Fehlers bewußt geworden. Während der Diskussionen zwischen den Politologen aus den osteuropäischen Ländern und denen aus dem Westen, insbesondere aus den USA, entsteht oft eine "Glaswand". Die Osteuropäer, die mit ersten Erfahrungen der Enttäuschung über die Reformen konfrontiert waren und logische Unzulänglichkeiten sowie die Widersprüchlichkeit der demokratischen Theorie überhaupt entdeckten, streben Diskussionen über die Probleme, Streitfragen, Unstimmigkeiten und theoretischen Sackgassen an; während die Westeuropäer und die US-Amerikaner schlicht und einfach vorschlagen, ihr eigenes erprobtes Modell zu entlehnen, und dabei Unterschiede der historischen Erfahrung, Besonderheiten der Mentalität und sogar die andere "Bildungsschule", die sich traditionell am Interesse gerade an der Theorie orientiert, außer Acht lassen.

Einer der großen sozialen Denker des 20. Jahrhunderts - der Nationalökonom Joseph A. Schumpeter - erfand das Bild einer Lokomotive, mit der er die Marktwirtschaft verglich, einer krachend rasenden Maschine, auf die unterwegs verschiedene Kräfte einwirken: klassenbedingte, administrative, kulturelle, die imstande sind, nicht nur die Richtung der Bewegung radikal zu verändern, sondern die Bewegung sogar zu stoppen. Der unauflösbare Zusammenhang von Wirtschaft, Politik und Kultur ist hier ganz deutlich zu sehen. Ein fremdes Muster zu übernehmen, bedeutet, lediglich eine Attrappe statt eines leistungsfähigen Mechanismus zu schaffen.

Unterdessen kann man offensichtlich in der heutigen Situation einige theoretische Konstanten feststellen, die unter Umständen bei der Suche nach einer Balance zwischen der Effektivität, der Gerechtigkeit und der Freiheit als fundamentalen Werten einer demokratischen Gesellschaft hilfreich sein können.

Es handelt sich erstens um die Notwendigkeit der Herausbildung eines Schlichtungskonsens in bezug auf grundlegende Werte, der keinesfalls automatisch bzw. über eine Einigung im elitären Rahmen stattfindet. Es wird dringend notwendig, herauszufinden, in welchen Punkten die unterschiedlichen weltanschauliche Orientierungen vertreten, übereinstimmen, damit ein Kompromiß gefunden werden kann. Je mehr Übereinstimmungen herausgefunden werden, desto stabiler kann die Situation in der Gesellschaft werden. Der "überlappende Konsens", wie ihn John Rawls nannte, ist jene Matrix, die das erreichte Niveau im gesellschaftlich-politischen Bewußtsein aufzeigt und die aktuelle Phase des demokratischen Prozesses vorgibt (Rawls, John: The Idea of an Overlapping Consensus. "Oxford Journal of Legal Studies. 1987 Nr. 7, P. 1 - 25). Alle Versuche jedoch, etwas, was noch nicht das Eigene und das Allgemeingültige geworden ist, aufzuzwingen - einschließlich der fertigen Formen der reifen Demokratie -, führt unvermeidbar zu einem Massenwiderstand und droht, die Idee der demokratischen Regierungsform zu diskreditieren.

Zweitens muß man Bedingungen für die Offenheit des historischen Schöpfertums schaffen sowie auf die Versuche verzichten, bei der Lösung komplizierter Fragen erneut nach einfachen Formeln zu suchen. Man muß die Unbestimmtheit aller menschlichen Entwürfe, Kompromisse und Rückzieher begreifen, die durch soziale Umbrüche verursacht werden, denn sie können auch ein aus Lehrbüchern gut bekanntes Modell bis zur Unkenntlichkeit verändern. Millionen Leben wurden von der Menschheit um der keinen Widerspruch duldenden Prophezeiungen willen geopfert, aber die Menschen töten einander nicht wegen der Hypothesen, die offen zur Diskussion stehen. Es ist deshalb durchaus möglich, daß gerade die Offenheit der Entwicklungsrichtung die wichtigste Lehre ist, die aus der Theorie und der Praxis der Demokratie gezogen werden kann.

Drittens, und dies scheint eine logische Konsequenz aus dem oben Gesagten zu sein, sollte man nach den fundamentalen Werten in der eigenen, russischen politischen Kultur suchen, und dies setzt voraus, daß es kein einheitliches, universelles demokratisches Modell gibt, sondern lediglich allgemeine demokratische Prozeduren. Genausowenig existiert ein einheitliches Marktwirtschaftsmodell, sondern es gibt lediglich allgemeine Prinzipien des Marktfunktionierens.

Die Legitimitätskrise der Macht in Rußland hat demzufolge ihren Ursprung keineswegs in einer prinzipiellen Unvereinbarkeit der demokratischen Werte mit der nationalen politischen Kultur und Mentalität. Vielmehr liegen ihre Ursachen in den Halb-Maßnahmen und Versuchen, fertige Formen einer reifen Demokratie - die im übrigen immer noch von einer bedeutenden inneren Widersprüchlichkeit geprägt wird - aufzuzwingen, ohne die nationale Spezifik, die historischen Erfahrungen und die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, ebenso wie in der Schwäche und der Unentschlossenheit der Staatsmacht selbst.

Tatjana Alexejewa

Übersetzung aus dem Russischen: Lena Reichardt

Die Autorin

Tatjana Alexejewa ist Leiterin des Zentrums für politische Philosophie am Philosophischen Institut der russischen Akademie der Wissenschaften. Sie hält den Lehrstuhl für Politologie an der Staatlichen Linguistischen Universität in Moskau inne und ist Beraterin bei der Gorbatschow-Stiftung.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 38/39 1996,*
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>